

Tschäppät haut in die Tasten

Beim ersten Anlass des Kulturverbands Bekult haben die drei bernischen «Kulturminister» diskutiert - einzig der Berner Stapi sorgte dabei für etwas Dis-harmonie.

Simon Jäggi

Ein neuer Verein, ein neuer Konzertsaal, altbekannte Fragen. So das Fazit des Podiums zur Kulturpolitik, das gestern im Yehudi-Menuhin-Forum am Helvetiaplatz stattfand - ein schmucker Veranstaltungsort, der erst im Oktober eröffnet wurde und wohl den wenigsten der circa sechzig Zuhörern bereits bekannt war. Geladen hatte der frisch formierte Verein der Kulturveranstalter aus dem Raum Bern. Und es war gleich eine kulturpolitische Elefantenrunde, die Bekult präsentieren konnte - es diskutieren nämlich die drei «Kulturminister» des Kantons: der Berner Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp), der kantonale Kulturdirektor Bernhard Pulver (grüne) und Thomas Hanke (fdp), Präsident der Regionalen Kulturkonferenz (RKK). Letztere geht Ende Jahr in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland auf.

Der Kanton Bern als Schlusslicht

Frecher als man es von seiner Position erwarten könnte, moderierte Beat Glur den Abend - ist doch Glur als Leiter Kommunikation am Stadttheater Arbeitnehmer eines Subventionsempfängers, und daher angewiesen auf die Kultur-gelder der drei anwesenden Herren. Es war denn auch das liebe Geld, das thematisch den Abend dominierte, der allgemeiner mit «Kulturstrategien in Stadt, Region und Kanton» betitelt war.

Mit einer Statistik, die für den Kanton Bern nicht gerade rühmlich ist, konfrontierte Glur die Runde: den Ausgaben nämlich, die der Kanton jährlich

für Kultur genehmigt. Mit 50 Franken pro Kopf bildet Bern das Schlusslicht unter Kantonen mit einer grösseren Stadt. Und auch die Stadt Bern könne sich mit 287 Franken pro Kopf nicht brüsten, gebe Basel doch das Doppelte, Genf gar mehr als das Dreifache aus. Ob

das nicht etwas «schäbig» sei - erst noch für einen Kanton und eine Stadt, die in rot-grüner Hand seien, fragte Glur.

Der Kanton Bern gebe keine «wahn-sinnigen Aufwendungen» aus, bestätigte Regierungsrat Pulver. Nur sei es nicht gerade der richtige Moment, um mehr Geld für die Kultur zu fordern - angesichts der Tatsache, dass dem Kanton 2011 wohl neue Schulden drohten.

Kraut, Rüben und Bolligen

Wenig Plaisir kitzelte das statistische Intro beim Berner Stapi hervor: Das sei Kraut mit Rüben verglichen, fand Tschäppät - im Vergleich zu den Steuereinnahmen gäbe die Stadt nämlich relativ viel für Kultur aus. Viel spannender sei der Vergleich innerhalb bernischer Grenzen. Viele der Kulturkonsumenten sässen in Muri, Bolligen, Stettlen - für das kulturelle Angebot müsse aber grösstenteils die Stadt Bern aufkommen. «Das ist das Verhältnis, das nicht stimmt!», ereiferte sich Tschäppät. Ihm gehe es nicht darum, dass die Stadt weniger bezahlen müsse, sondern dass die Regionsgemeinden so viel berappten, wie ihre Einwohner auch konsumierten - wohl nur so bestünde auch die Möglichkeit, gesamthaft mehr Gelder für die Kultur im Kanton locker zu machen.

Er verstehe zwar Tschäppäts Haltung, sagte Thomas Hanke, der bis vor Kurzem im Gemeinderat von Muri sass. Man müsse aber auch berücksichtigen, dass jede Gemeinde ihr eigenes kulturelles Leben habe, das sie finanziere. Hanke räumte aber auch ein, dass der Anteil von 11 Prozent, welche die Regionsgemeinden an die fünf grossen Kulturinstitutionen in der Stadt leisten, im unteren Bereich liege - sei doch gesetzlich ein Spielraum zwischen 10 bis 15 Prozent vorgesehen. Als Leiter der Kulturkommission der Regionalkonferenz (der Nachfolgerin der RKK) werde er sich aber dafür einsetzen, an diesem Schlüssel «zu arbeiten und geschlossene Ohren zu öffnen».

Das neue Kulturförderungsgesetz war ebenfalls ein Thema, das vor der imposanten Orgel im Yehudi-Menuhin-Forum debattiert wurde - und bei dem Tschäppät erneut in die Tasten zu hauen. Das neue Gesetz soll 2013 in



Kraft treten - und basiert auf der bereits verabschiedeten Kulturstrategie des Kantons. Eine neue Kulturstrategie, die vor allem besage, dass Kultur nicht mehr kosten dürfe, finde er nicht besonders innovativ, sagte Tschäppät. Man müsse vielleicht den Mut haben, eine Sparte fallen zu lassen - aber etwas aufzugeben, sei schwierig. «Und dann gibt es wieder 7000 Unterschriften fürs Ballett - was über der Zahl der Zuschauer liegt, die das Ballett das gesamte Jahr über hatte», frozelte Tschäppät.

Womit die Diskussion beim aktuellen RKK-Entscheid angelangt war, die Sparte Tanz am Stadttheater nun doch nicht abzuschaffen - dies war nur möglich, da sich der Regierungsrat bereit erklärte, auf den Gesamtbetrag der Kultursubventionen den Teuerungsausgleich zu bezahlen, womit Mittel für den Erhalt des Tanzensembles frei wurden, wie Pulver gestern eingehender ausführte. Der Ausgleich werde in der Grössenordnung von drei Prozent ausfallen, schätzte Pulver gestern. Diese Rechnungsübungen seien aber bloss eine Lösung auf Zeit, meinte Tschäppät: «Wenn wir uns jetzt zurücklehnen, stehen wir in drei, vier Jahren wieder am selben Punkt.»